

**HINWEIS**

Dieser Text wurde mit dem "Politischen Informationssystem Offenbach" erstellt. Er dient nur der Information und ist nicht rechtsverbindlich. Etwaige Abweichungen des Layouts gegenüber dem Original sind technisch bedingt und können nicht verhindert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt  
Offenbach am Main  
2011 - 2016

2011-16/DS-I(A)0409

Ausgegeben am 20.06.2013  
Eing. Dat. 20.06.2013

-

-  
**Resolution: Verurteilung der Angriffe radikaler Muslime auf TV-Journalisten**

Antrag SPD, B´90/Die Grünen, Die Linke, FDP, Piraten, FW und Mahmut Yigit (FNO) vom 20.06.2013

-

-  
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt die am 7.6.2013 stattgefundenen Angriffe radikaler Offenbacher Muslime auf TV-Journalisten des SWR vor der Tauheed Moschee. In Offenbach ist kein Platz für jede Art von radikalen Kräften. Die Stadtverordnetenversammlung distanziert sich von Menschen, die ihre Weltanschauung für politische Zwecke missbrauchen und demokratische Grundwerte, wie die Presse- und Informationsfreiheit, nicht akzeptieren. Die Stadtverordnetenversammlung distanziert sich ebenfalls von pauschalen Verurteilungen islamischer Bürgerinnen und Bürger, islamischer Gemeinden und deren Vorstände.

Begründung

-  
Meinungen, die anderen Menschen die Würde und das Recht auf körperliche Unversehrtheit absprechen, sind Ausdruck von Intoleranz und können ein Schritt in Richtung Gewalt sein. Deshalb dürfen solche Meinungen in Offenbach keinen Platz haben. Für die Feinde der Demokratie darf es keine falsch verstandene Toleranz geben. Egal ob es Nazis oder gewaltbereite Salafisten sind.

Presse darf unter keinen Umständen behindert, Journalisten bedroht oder angegriffen werden. Die Presse- und Informationsfreiheit ist eines der höchsten Güter unseres Landes.

Die antragstellenden Fraktionen wenden sich jedoch auch gegen eine Instrumentalisierung der Vorfälle, um eine islamfeindliche Atmosphäre entstehen zu lassen. Bisher haben das Zusammenleben in Offenbach und der interreligiöse und interkulturelle Dialog, auch aufgrund einer sehr guten Zusammenarbeit der ausländischen und muslimischen Gemeinden, untereinander gut funktioniert.

Nicht alleine die Politik, sondern Politik und die Vorstände der islamischen Gemeinden müssen sich gemeinsam gegen jede Form von Gewalt, Intoleranz und Extremismus wenden.

---

